

27.11.2008  
065b

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort

**Statement von Weihbischof Dr. Josef Voß, Vorsitzender des  
Katholischen Forums „Leben in der Illegalität“,  
während des Pressegesprächs bei der Malteser Migranten  
Medizin in Köln am 27. November 2008**

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Dank Erzbischof Marchettos an die Malteser Migranten Medizin, insbesondere an Dr. Breker, schließe ich mich gerne ausdrücklich und persönlich an. Hier zeigt sich beispielhaft, wie sich Menschen aus ihrem Glauben heraus für andere einsetzen, um Not zu lindern. Das persönliche Engagement unserer Seelsorger, Ärzte und Sozialarbeiter ist für die Glaubwürdigkeit kirchlichen Eintretens für Menschen in der Illegalität von großer Bedeutung. Wir sind als Kirche nah bei den Menschen und wissen aus den Erfahrungen unserer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter aus erster Hand um die Schwierigkeiten.

Diese Erfahrungen haben die Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz bereits 2001 bewogen, in ihrer Handreichung „Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung“ auf die drängendsten Probleme aufmerksam zu machen. 2004 haben sich auf Initiative der Bischöfe die wichtigsten kirchlichen Akteure, die in diesem Bereich arbeiten, zum „Katholischen Forum *Leben in der Illegalität*“ zusammengeschlossen. Dazu gehören: der Deutsche Caritasverband, die Deutschen Malteser, der Jesuiten-Flüchtlingsdienst und das Katholische Büro in Berlin. Das Forum setzt sich gegenüber Politik und Verwaltung dafür ein, dass auch Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus ihre elementaren sozialen Rechte tatsächlich wahrnehmen können.

Es ist uns bewusst, dass der Umgang mit irregulärer Zuwanderung einen modernen Rechts- und Verfassungsstaat vor große Herausforderungen stellt. Trotz aller Kontrollmaßnahmen wird in einer globalisierten Welt irreguläre Zuwanderung nie ganz zu verhindern sein. Erzbischof Marchetto hat bereits auf das enorme Wohlstandgefälle als eine der Hauptursachen für Migration hingewiesen. Das grundsätzliche Recht demokratischer Staaten, über den Zugang zum eigenen Territorium zu entscheiden und diese Entscheidung auch durchzusetzen, ist unbestritten. Allerdings müssen sich die Industriestaaten,

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0  
Direkt: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: <http://www.dbk.de>

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

*Redaktion*  
Dr. Heike Rumbach-Thome  
verantwortlich

um die Kontrolle von Zuwanderung moralisch wirklich zu rechtfertigen, endlich glaubwürdig an der Bekämpfung der Migrationsursachen beteiligen.

Ein wesentlicher Grund für Migration, auch für irreguläre Migration, liegt in der Nachfrage nach billigen und flexiblen Arbeitskräften in den Industriestaaten. Trotz mancher Probleme wie Schwarzarbeit und einer großen Konkurrenz für gering qualifizierte Arbeitskräfte leisten auch irreguläre Zuwanderer einen Beitrag zum Wohlstand unserer Gesellschaft: Sie sind als Erntehelfer und im Dienstleistungssektor ebenso tätig wie in der Bauwirtschaft, nicht zuletzt pflegen sie unsere Alten und Kranken. Dennoch müssen wir feststellen, dass diese Menschen teilweise unter Bedingungen leben, die mit unserem Begriff der Menschenwürde nur schwer vereinbar sind. Aus Angst vor Aufdeckung ihres irregulären Status und daraus folgender Abschiebung gehen sie im Krankheitsfall nicht oder viel zu spät zum Arzt, wehren sich nicht gegen Ausbeutung durch kriminelle Arbeitgeber, schicken ihre Kinder nicht in den Kindergarten und nicht in die Schule. Die Folgen dieser Angst sind oftmals verheerend. Krankheiten werden verschleppt, sie verlaufen häufig wesentlich schlimmer als bei rechtzeitiger Behandlung. Kinder, die keine Chance auf Bildung haben, haben keine Chance auf eine gute Zukunft. Diese – auch aus Sicht des Staates unerwünschten – „Nebenwirkungen“ der Migrationskontrolle sind unserer Ansicht nach nur schwer mit den Zielen und Werten unserer Gesellschaft und unseres Staates vereinbar. Ich erinnere an Artikel 1 unseres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wir sehen uns als Kirche in der Verantwortung, als Anwältin für die Betroffenen auf die Missstände hinzuweisen und bei der Suche nach pragmatischen und realistischen Lösungen zu helfen, die sowohl den Menschen als auch den berechtigten Interessen des Staates gerecht werden können.

Wir sind deshalb sehr froh darüber, dass sich in der Frage des Schulbesuchs für Kinder in den letzten Monaten Bewegung andeutet. Das Katholische Forum „Leben in der Illegalität“ ist in dieser Angelegenheit in engem Kontakt mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages und den zuständigen Behörden. Der Besuch hier in der Malteser Migranten Medizin hat uns jedoch sehr eindrücklich vor Augen geführt, dass weitere Probleme, vor allem in der Gesundheitsversorgung nach wie vor ungelöst sind. Die Kirche kann hier allenfalls erste Notfallversorgung leisten, wie es die Malteser mit großem Einsatz tun. Ein flächendeckendes Angebot in ganz Deutschland zur Verfügung zu stellen, übersteigt unsere Kräfte bei weitem. Das ist und bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe, für die Lösungen gefunden werden müssen. Um einen tragfähigen Konsens in Gesellschaft und Politik in dieser Frage müssen wir auch weiterhin mit großem Einsatz ringen.